



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt

Pressemappe 19. August 2014

Wohnungsnotstand in Basel: Lösungsansätze der SP und der JUSO

Michela Seggiani, Vizepräsidentin SP Basel-Stadt

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Ich beginne mit einem Beispiel. Der Medianwert für einen Monatslohn beträgt CHF 6'000.- Die Wohnungsmiete sollte für ein gesundes Budget nicht mehr als 1/3 des Lohnes ausmachen, bei CHF 6'000.- also nicht mehr als CHF 2'000.-. Gehen wir von einer 3- oder 4-köpfigen Familie aus mit eben diesem Gehalt. In Basel kostet eine 4 Zimmer-Wohnung mehr als 2000.- (im Schnitt 2'300.-). Das heisst konkret, Wohnen in der Stadt wird für viele Menschen nur schwer bezahlbar.

Mieten müssen erschwinglich sein. Wohnungsknappheit lässt die Mieten steigen. Aber die Preise dürfen nicht willkürlich nur durch Gewinnoptimierung bestimmt werden. Die Preissteigerungen sind meistens hausgemacht. Wohnungssanierungen müssen massvoll gehalten werden. Umwandlungen von bestehenden Mietwohnungen in meist teureres Wohneigentum sollte möglichst vermieden werden; statt einer Gentrifizierung (und Ghettoisierung) muss eine Durchmischung angestrebt werden.

Neben der Wohnungsknappheit ist eine gängige Erklärung für die hohen Mietpreise das hohe Lohnniveau. Aber im Verhältnis zu den durchschnittlichen Löhnen (wie das Beispiel oben zeigt) relativiert sich diese Aussage stark. Die meisten Menschen müssen mit wenig Geld auskommen. Das betrifft nicht nur arme Menschen, sondern auch den Mittelstand.

Ein weiterer Punkt, der bei einer sozialen Wohnpolitik mitgedacht werden muss, ist die sich verändernde Gesellschaftsstruktur: In fast der Hälfte der Wohnungen in Basel lebt nur eine Person. Diese Tendenz wird sich auch nicht ändern, sondern sich noch weiter entwickeln. Wir haben also immer weniger Platz für immer mehr Menschen, Bauland ist ein sehr limitierter Faktor. In die Höhe zu bauen ist deshalb eine logische Schlussfolgerung.

Auch mit dem Konzept der Wohngenossenschaften kann einer kapitalorientierten Wohnpolitik Gegensteuer geboten werden. Deshalb müssen wir die Genossenschaften fördern und animieren, sich zu vergrössern.

Zum Teil müssen wir aber auch radikaler denken und als Mieter_innen selbst auch das Recht auf faire Mietpreise einfordern. Mieter_innen können ihre Rechte geltend machen, indem sie die Kosten (z.B. Nebenkostenabrechnungen) genau prüfen, Hypothekenzinssenkungen einfordern und indem sie sich untereinander austauschen. Dies klingt vielleicht lapidar, doch Transparenz fördert faires Wohnen.

Zuletzt sei noch darauf hingewiesen, dass soziale Wohnpolitik immer auch positive Auswirkungen auf die Wirtschaft hat.

Zahlen und Werte: Statistisches Amt Basel-Stadt, 2013



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt

Beda Baumgartner, Präsident JUSO Basel-Stadt

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Das Thema Wohnen ist für die JUSO BS schon länger ein zentrales Anliegen. Es sind vor allem junge Personen in Ausbildung und Lehre, die unter der Wohnungsnot und den steigenden Preisen leiden. Neben der Erarbeitung einer Broschüre mit Wohnraumideen für 15'000 Menschen in Basel haben wir die Initiative „Wohnen für alle“ gemeinsam mit der SP lanciert und gesammelt.

Mit der Volksinitiative fordern wir die Einrichtung einer Stiftung. Mit einem Startkapital von 50 Mio. Franken soll diese preisgünstigen Wohn- und Gewerberaum in Basel-Stadt fördern. In Zürich und anderen Städten ist dies bereits ein bewährtes Mittel, um preisgünstigen Wohn- und Gewerberaum zu erhalten oder neu zu schaffen und um die Stellung gemeinnütziger Wohnbauträger zu stärken. Wir wollen aber eine Ghettoisierung einzelner Bevölkerungsschichten bewusst vermeiden: Die Stiftung soll nicht als Sozialstiftung auftreten, sondern sozial durchmischten Wohnraum fördern. Die bürgerlichen Parteien von der SVP bis zur GLP wollen eine solche Stiftung unter allen Umständen verhindern. Sie sind gefangen in ihrem blinden Glauben an den freien Markt.

Beim Sammeln der Initiative und im Kontakt mit der Bevölkerung wurde uns aber eines klar: Die Leute haben genug von dem perspektivlosen Gerede, man müsse nur abwarten oder sogar weiter deregulieren und alles den Marktkräften überlassen. Sie wollen heute Lösungen für ihr aktuelles Problem, keine bezahlbaren Wohnungen in Basel zu finden. „Wohnen für alle“ ist der erste notwendige Schritt auf dem Weg zu bezahlbarem Wohnraum in Basel-Stadt. Wir würden uns auf einen allfälligen Abstimmungskampf über die Initiative freuen. Wir haben die richtigen Argumente. Und: Die Bevölkerung in anderen Kantonen hat in den letzten Jahren praktisch immer JA zu mehr bezahlbarem Wohnraum gesagt.

Kerstin Wenk, Grossrätin, Co-Präsidentin Komitee Zonenplan

Warum ist die Stadtrandentwicklung Ost und Süd so wichtig?

Wir lösen ein Teil unseres Wahlversprechens ein, nämlich „Wohne, Schaffe, Läbe“ in Basel.

Wir sorgen für genügend bezahlbaren Wohnraum, denn es findet dank zusätzlichem Wohnraum weniger Verdrängung des jetzigen günstigen Wohnraums statt.

Es ist ein Meilenstein im Bereich des genossenschaftlichen Wohnens, denn nur mit Genossenschaften kann der Spekulation Wohnraum entzogen werden. Wir leisten einen ökologischen Beitrag, denn stadtnahes Wohnen ist ökologisch, verbraucht weniger Ressourcen und hilft gegen die Zersiedelung des Umlandes.